

## **Bericht 2. Quartal 2012**

In der als Anlage beigefügten Tabelle werden die ursprüngliche Planung für das aktuelle Jahr, die Ergebnisse des Vorjahres, die Quartalergebnisse, die Prognose bis zum Jahresende und in der Spalte Erläuterung eine kurze Erklärung zur Abweichung der Prognose vom Erfolgsplan genannt.

### Pflegesatzerlöse:

Die Auslastung aller Gruppen im ersten Halbjahr lag im Durchschnitt bei 97,75% und damit deutlich über dem Planwert für 2012.

Allerdings liegt diese sehr hohe Auslastung in erster Linie an den Kindern in den Mutter-Kind-Gruppen, da im ersten Halbjahr 2012 in beiden Mutter-Kind-Gruppen jeweils eine Mutter mit zwei Kindern war und dadurch die Auslastung für dieses Angebot bei über 100 % lag. Die Auslastung der Mutter-Kind-Gruppe lag im Durchschnitt (Mütter und Kinder zusammengefasst) mit rund 9,3% weit über dem Soll. Im Sommer wurden mehrere Mütter entlassen. Zum Zeitpunkt frei werdender Plätze liegen selten Anfragen für die sofortige Aufnahme von Müttern, die entweder schon ihr Kind haben oder nur wenige Wochen vor der Geburt stehen, vor. Da jede Mutter-Kind-Gruppe über 7 Plätze für die Mütter verfügt, hat ein freier Platz prozentual größere Auswirkungen als ein freier Platz in den Regelwohngruppen, die 9 bis 10 Plätze anbieten. Im zweiten Halbjahr wird daher die Auslastung der Mutter-Kind-Gruppen schlechter sein als im ersten Halbjahr.

Die durchschnittliche Auslastung der drei Jugendwohngruppen und der Mädchenwohngruppe lag rund 1 % unter der mit dem Jugendamt verhandelten Auslastung. Dies wird sich voraussichtlich auch in der zweiten Jahreshälfte nicht ändern.

Die Tagesgruppe war im ersten Halbjahr mit durchschnittlich 92,7 % ebenfalls schlechter belegt als mit dem Jugendamt vereinbart wurde.

Die Kinderwohngruppen waren sehr gut belegt.

Die Belegung der Kindernotaufnahmen lag im ersten Quartal bei nur 83,9 %, im zweiten Quartal stieg die Belegung an. Im gesamten ersten Halbjahr entsprach die durchschnittliche Auslastung in etwa dem Planwert.

Für das Jahr 2012 wurde eine Erhöhung der Entgelte um 1,5% im Personalkostenanteil ohne weitere Veränderungen der Entgeltbestandteile, wie Sachkosten und Auslastung, eingeplant.

Tatsächlich lagen die Tarifierhöhungen zum 1.3.2012 bei 3,5% .

In den Verhandlungen mit dem Jugendamt konnten die tatsächlichen Tarifierhöhungen alleine nicht durchgesetzt werden.

Im Rahmen eines Kompromisses wurde eine Einigung erzielt, welche die Tarifsteigerungen für die Jahre 2012 und 2013 berücksichtigt. Gleichzeitig wurden aber auch die Auslastungsquoten verändert, so dass die Erhöhung der Entgelte entsprechend geringer ausgefallen ist.

Durch die neuen Entgelte werden mit T€ 5.480 um T€ 90 höhere Entgelterlöse prognostiziert als ursprünglich geplant, demgegenüber stehen jedoch auch höhere Personalkosten (s.u.).

Für die Jahre 2012 und 2013 sind keine weiteren Entgeltverhandlungen vorgesehen. KIJU wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen.

#### Sonstige Erträge:

Die Erträge für Fachleistungsstunden werden voraussichtlich T€ 6 niedriger ausfallen, da z. Zt. kaum Nachbetreuungen erfolgen.

Von Juni bis August gibt es keinen Bundesfreiwilligen bei KIJU. Daher fallen die Zuschüsse von Bund entsprechend geringer aus.

Der Eigenbetrieb GMW hat Grundabgaben für zurückliegende Jahre von KIJU angefordert. Dazu wurde in 2011 eine Rückstellung gebildet. In 2012 haben sich KIJU und das GMW verständigt keine Nachforderung für zurückliegende Jahre zu stellen. Die Rückstellung wird aufgelöst. Die Erträge liegen bei rund T€ 5.

#### Zinserträge:

Der Bestand auf dem Sonderhaushalt wird täglich mit dem EONIA-Zinssatz verzinst. In 2011 waren die Zinssätze zunächst wieder angestiegen. In 2012 sind die Zinssätze gesunken. Es werden daher Zinserträge erwartet, die etwa T€ 7 unter dem Plan liegen.

#### Personalaufwand / Außerordentlicher Aufwand:

Im Wirtschaftsplan wurden 1,5 %-ige Erhöhungen der Personalkosten zuzüglich der Erhöhung der Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) um 0,25% eingeplant. Tatsächlich wurden die TVÖD-Tarife um 3,5 % ab dem 1.3.2012 erhöht. Im Vergleich zum Plan entstehen dadurch rund 1,4% höhere Personalkosten in 2012.

In 2012 gibt es mehrere Fälle von längeren Erkrankungen. Für die betroffenen Mitarbeiter sind die Personalkosten geringer. Darüber hinaus gab es insbesondere im Verwaltungs- / Overheadbereich freie Stellen, die nicht schnell wieder besetzt werden konnten. Um diese Ausfälle zu kompensieren wurden Leistungen durch externe Anbieter erbracht. Dies wiederum führt zu höheren Kosten beim Wirtschaftsbedarf (s.u.).

Für die Personalkosten ergeben sich dadurch geringere Steigerungen, als sie allein durch die Tariferhöhung zu erwarten wären.

Nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) wurden die Bewertungsrichtlinien und damit die Pensionsverpflichtungen 2010 im Vergleich zu 2009 stark erhöht. Für den Unterschiedbetrag wurde eine Verteilung auf fünf Jahre geplant. Der Betrag wurde als außerordentlicher Aufwand ausgewiesen und erstmals in 2010 verbucht. Für den Jahresabschluss 2011 hat sich herausgestellt, dass diese Vorschrift des BilMoGs für KIJU nicht angewendet werden darf. Stattdessen gelten bezüglich der Pensionsverpflichtungen die Vorgaben der GemHVO. Damit entfällt auch die Ermittlung des Unterschiedsbetrages und der im Wirtschaftsplan berücksichtigte außerordentliche Aufwand in Höhe von T€ 40,5. Gleichzeitig sind jedoch die Personalaufwendungen für die Zuführung zur Pensionsrückstellung um ca. T€ 26 höher als geplant.

An der Aufteilung der Zuführung zur Pensionsverpflichtung in Personalaufwand und Zinsaufwand hat sich nichts geändert (siehe auch Zinsaufwand).

Die Altersteilzeitumlage lag im Jahr 2011 mit T€ 83,5 rund T€ 10 über dem Wert von 2010. Daher wird damit gerechnet, dass die für das Jahr 2012 eingeplanten T€ 80 nicht ausreichen werden. Es wird von einer Steigerung auf insgesamt T€ 90 ausgegangen.

Aus den o. g. Gründen gibt es Schwankungen in den einzelnen Bestandteilen der Personalaufwendungen. Die Steigerung der Personalaufwendungen liegt bei etwa T€ 60.

#### Sachaufwendungen:

Die Instandhaltungsaufwendungen werden den Planwert übersteigen. KIJU beteiligt sich an einer von Landesjugendamt vorgegebenen Umbaumaßnahme der Lüftung für den vermieteten Kindertagsstättenbereich am Jagdhaus. Die Beteiligung beträgt T€ 30 und war nicht eingeplant. Es wird versucht einen Teil dieser höheren Kosten durch Einsparungen für andere Instandhaltungsmaßnahmen aufzufangen, so dass insgesamt voraussichtlich „nur“ T€ 15 mehr anfallen.

Zur Kompensation der zeitweise nicht besetzten Stellen im Verwaltungs- / Overheadbereich (s. o. Personalaufwand) werden Dienstleistungen von Dritten erbracht. Es werden daher rund T€ 20 zusätzlicher Aufwand für Wirtschaftsbedarf anfallen.

Der Heizölpreis ist wieder deutlich angestiegen. Die Energiekosten werden daher voraussichtlich T€ 6 über dem Planwert liegen.

Die Grundabgaben sind etwas niedriger als im Vorjahr. Für alle Standorte zusammen fallen T€ 2 weniger an.

Die Elektrokleingeräteprüfung durch einen städtischen Betrieb war teurer als erwartet. Für alle anderen Leistungen durch städtische Dienststellen wird vom

Planwert ausgegangen. Die Aufwendungen für städtische Dienstleistungen werden den Planwert um voraussichtlich T€ 2 übersteigen.

In 2012 war intensive supervisorische Begleitung von Vorkommnissen erforderlich. Der Planungsansatz für Fortbildung, unter den auch Supervisionsaufwendungen fallen, wird voraussichtlich um T€ 5 überschritten.

Der Mietaufwand wird etwas höher ausfallen. Vor dem Verkauf eines Gebäudes musste ein Pachtvertrag für die Zuwegung und Stellplätze erweitert werden. Es fallen ungeplante Aufwendungen in Höhe von T€ 1,2 an.

Die übrigen Aufwendungen erhöhen sich um eine periodenfremde Rechnung, die erst Mitte des Jahres 2012, über eine andere städtische Dienststelle, bei KIJU eingegangen ist. Die Rechnung ist für Leistungen im Jahr 2011.

#### Abschreibungen:

In der Vergangenheit wurden bereits Sonderabschreibungen für das zum Verkauf stehende Gebäude vorgenommen. Der tatsächliche Verkaufspreis steht nun fest. Dieser liegt T€ 10 unter dem Buchwert des Gebäudes. Um diesen Betrag erhöhen sich die Abschreibungen.

#### Zinsen:

Neben den Darlehenszinsen, die entsprechend der Tilgungspläne gezahlt werden, ist im Zinsaufwand die Verzinsung der Vorjahresverpflichtung (s. o. Personalkosten , Pensionsrückstellung) in Höhe von ca. T€ 26 enthalten.

#### Zusammenfassung:

Sofern sich die Belegungssituation nicht deutlich verschlechtert oder weitere unvorhersehbare höhere Aufwendungen entstehen, werden am Jahresende die Aufwendungen die Erträge um knapp T€ 16 übersteigen.

Der Betrieb bemüht sich weitere Maßnahmen zu entwickeln und zu veranlassen, um das Betriebsergebnis zu verbessern. Der städtische Haushalt würde bei einem negativen Betriebsergebnis nicht belastet, sofern der (voraussichtliche) Verlust mit den Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet würde.

Die Liquidität des Betriebes ist gut.